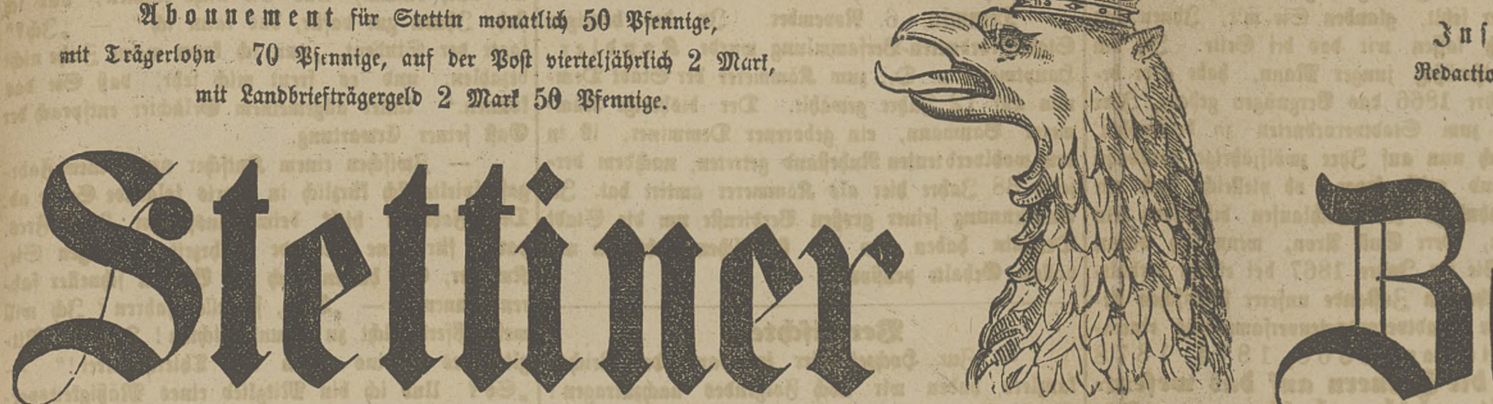


A b o n n e m e n t für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

I n s e r a t e: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. G r a ß m a n n,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 8. November 1878. Nr. 524.

Deutschland.

** **Berlin**, 7. November. Der Bundesrath hat in der Plenarsitzung vom 1. November beschlossen, daß die Reichskommission befugt ist, mit den Behörden des Reichs, wie der einzelnen Bundesstaaten, soweit es zur Erledigung ihrer Aufgaben nöthig ist, sich unmittelbar in Verkehr zu setzen; und ferner, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Landesbehördeu die bei ihnen eingehenden Beschwerden mit den zur Begründung erforderlichen Unterlagen und mit den Bemerkungen, zu welchen die Beschwerden Anlaß geben möchten, unmittelbar an die Reichskommission einreichen. In Folge dieses Beschlusses hat der preußische Minister des Innern die Provinzialbehörden veranlaßt, die eingehenden Beschwerden in für die Entscheidung möglichst sorgfältiger Vorbereitung und ohne jeden Verzug an die Reichskommission einzureichen.

Bei den Reichstagswahlen ist mehrfach vorgekommen, daß Wahlkommissare oder die zur Ermittelung des Wahlergebnisses berufenen Versammlungen theils einzelne von den Bezirkswahlvorständen für gültig angesehene Stimmen für ungültig erklärt, theils ganze Wahlprotokolle bei der Eintragung der Stimmen in die Zusammenstellung unberücksichtigt gelassen haben. Ein solches Verfahren verstößt gegen das Reichswahlgesetz und gegen das dazu gehörige Reglement. Nach § 27 des letzteren hat der Wahlkommissar lediglich die Zusammenstellung der Stimmen zu machen und die Bedenken, zu denen die Wahlen in einzelnen Bezirken etwa Anlaß gegeben, in dem Protokoll zu erwähnen. Der Wahlkommissar ist aber nicht befugt, auf Grund solcher Bedenken einzelne Stimmen für ungültig zu erklären, worüber die Entscheidung lediglich dem Wahlvorstande oder dem Reichstage zusteht, oder gar die Resultate ganzer Wahlbezirke unberücksichtigt zu lassen. Der Minister des Innern hat die Provinzialbehörden beauftragt, den Wahlkommissarien die genaue Beobachtung der geltenden Vorschriften zur Pflicht zu machen.

Der Erklärung der „Prov.-Korr." über das Verhalten der Centrumspartei wird in der Presse allseitig eine große Bedeutung beigelegt. Während das Organ der Centrumspartei selber sich gestern darüber noch nicht äußern konnte, kommen Fortschrittsblätter heute schon den ultramontanen Blättern mit gutem Rath zu Hülfe. Das Centrum soll überall Wählerversammlungen veranlassen, um Zustimmungserklärungen hervorzurufen. Man darf sich allerdings darauf gefaßt machen, daß solche Demonstrationen versucht werden; dieselben würden jedoch lediglich beweisen, was man ohnedies schon weiß, wie fest das agitatorische Netz der welfisch-ultramontanen Koterie geflochten ist. Für diejenigen, welche den kirchlichen Frieden wollen, würde die Nothwendigkeit um so einleuchtender werden, dieser Herrschaft Einhalt zu thun.

Der Generalpostmeister hat die photographische Vervielfältigung der Postkarte veranlaßt, welche von Chemnitz aus die Reise um die Welt in 117 Tagen gemacht hat. Herr Stephan hat festgestellt, daß die Karte, wenn sie eine Stunde früher aufgegeben worden wäre, nur 96 Tage gebraucht haben würde. Die Karte trägt hintereinander sechs Adressen für Alexandrien, Singapore, Yokohama, San Francisko, Newyork und Chemnitz. In englischer Sprache waren unter Angabe des Anlasses alle Adressaten und Postanstalten um schleunige Weiterbeförderung und um Einzeichnung der Stunde des Eingangs und Abgangs ersucht, welchem Gesuch dann in der That mit großer Genauigkeit und Promptheit entsprochen worden ist.

Die bevorstehenden Veränderungen in der Eintheilung der Ministerien und Reichsbehörden sind Gegenstand sehr widersprechender Gerüchte. Welches der wirkliche Sachverhalt ist, habe ich bereits vor längerer Zeit angedeutet. Schon im Juli erwähnte ich, daß die betreffenden Fragen damals mit Bezug auf die Aufstellung des Staatshaushalts Gegenstand der Berathungen im Staatsministerium waren. Die betreffenden Beschlüsse sind auch schon damals vom Kronprinzen genehmigt worden. Es handelt sich einerseits um die bereits im Nachtragsetat zum vorigen Budget vorgeschlagene Abzweigung der Domänen und Forsten vom Finanzministerium und um deren Zuweisung an das landwirthschaftliche Ministerium, andererseits um eine Abzweigung der Verwaltung für Handel und Gewerbe vom jetzigen Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Die preußische Verwaltung für Handel und Gewerbe soll durch eine Personalunion mit dem gleichartigen Verwaltungszweig im Reich, der im Reichskanzleramt bearbeitet wird, verbunden werden. Der Präsident des Reichskanzleramts, welcher als solcher die deutschen Handelsinteressen wahrzunehmen hat, wird in seiner Eigenschaft als preußischer Staatsminister künftig die Leitung des Dienstzweiges für Handel und Gewerbe erhalten, damit die deutschen und die speziell preußischen Handelsinteressen nach gemeinsamen Gesichtspunkten geleitet werden. Dem bisherigen Handelsministerium bleibt demnach die Verwaltung der Eisenbahnen, der öffentlichen Bauten und des Bergwesens, mithin das Gebiet der öffentlichen Arbeiten. Die Frage wird bei dem Budget zur Erledigung gestellt werden.

Berlin, 7. November. Dem Landtage werden gutem Vernehmen nach bei seinem Zusammentritt außer dem Etat noch folgende Vorlagen zugehen: Ausführungsgesetz zur Civilprozeßordnung, Gesetzentwurf betr. die Zwangsvollstreckung gegen Benefizialerben 2c.; Schiedsmannsordnung; Uebergangs-Bestimmungen zur Civilprozeß- und Strafprozeß-Ordnung; Verpfändung von Kauffahrteischiffen in der Provinz Hannover; Gesetzentwurf betreffend die Rheinschifffahrtsgerichte und Elbzollgerichte; Gesetzentwurf betr. das Grundbuchwesen im Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitenstein und im Jade-Gebiete; Gesetzentwurf betr. die Erwerbung von Grundstücken für die geburtshilfliche Klinik in Berlin; Feld- und Forstpolizeigesetz; Gesetz betreffend Auseinandersetzungs-Behörden im Herzogthum Lauenburg; Gesetzentwurf betreffend die anderweite Fassung des § 41 Absatz 2 des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz; Gesetzentwurf betr. die richterlichen Mitglieder der Grundsteuer-Einschätzungs-Kommission und eine Zusammenstellung der Resolutionen des Landtages und des darauf Veranlaßten. Doch ist damit die Reihe der vorbereiteten Entwürfe keineswegs abgeschlossen, es befinden sich noch mehrere Vorlagen unterwegs, welche innerhalb der Einberufungsfrist wahrscheinlich noch in allen Instanzen genehmigt und mit den obigen eingebracht werden.

— Wie man der „Nat.-Ztg." schreibt, ist heute Vormittag unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Dr. Friedberg die Kommission zur Vorberathung eines Gesetzentwurfes, betreffend die rechtliche Sicherstellung der Pfandbriefgläubiger, zusammengetreten. Der Entwurf geht darauf hinaus, den Zwiespalt aufzuheben, welcher zwischen der wirthschaftlichen und juristischen Bedeutung der Hypothekenbriefe thatsächlich besteht, und damit die Inhaber solcher Briefe erst rechtlich zu bevorrechtigten Gläubigern zu machen. Wirthschaftlich sind die Hypotheken und Pfandbriefe eine mobilisirte Hypothek, welche sich leicht auf Andere übertragen läßt, juristisch aber haben sie keinen anderen Werth, als jeder andere Schuldschein, obgleich die Hypothekenbanken denselben alle mögliche Sicherung versprechen. Im Falle des Konkurses einer Hypothekenbank würden die Besitzer ihrer Hypothekenbriefe also nach gegenwärtiger Gesetzgebung keine Vorrechte besitzen. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, soll in der Ausführung des § 17 des Einführungsgesetzes zur Konkurs-Ordnung den Inhabern solcher Briefe unter gewissen Bedingungen ein Faustpfand-Recht gewährt werden.

Diesem Zweck des Entwurfs entsprechend, sind zu den Berathungen außer anerkannten Autoritäten auf diesem Rechtsgebiete auch praktische Juristen, welche als Rechtsbeistände von Landschaften und Hypothekenbanken fungiren, herangezogen worden. Es nehmen, der „Magdeb. Ztg." zufolge, außer dem bereits genannten Vorsitzenden folgende Herren an den Kommissionsarbeiten Theil: Staatsminister Dr. Friedenthal, Direktor Hanauer aus dem Reichsjustizamt, Ministerialdirektor Marcard aus dem landwirthschaftlichen Ministerium, Geheimer Regierungsrath Hagens, Geheimer Regierungsrath Dr. Eccius, Regierungsrath Dr. Hosäus, sämmtlich aus dem Reichsjustizamt; Boltz, Generaldirektor der ostpreußischen Landschaft in Königsberg; Hübner, Geh. Regierungsrath und Syndikus der schlesischen Landschaft in Breslau; Petsch, Stadtgerichtsrath und Syndikus der Kur- und Neumärkischen ritterschaftlichen Kreditbank hier: v. Holtzendorff, Präsident und Generaldirektor der Grundkreditbank in Gotha; Scheele, königlich sächsischer Oberappellationsgerichtsrath in Dresden; Dr. Stroell, Rechtskonsulent der bairischen Hypotheken- und Wechselbank in München; Keller, Direktor der würtembergischen Hypothekenbank in Stuttgart; v. Wilmowski, Justizrath hier; Koch, Geh. Obersinanzrath hier; als Kommissarien fungiren ferner: für das Ministerium des Innern: Dr. Forch, Geh. Oberregierungsrath, und für das landwirthschaftliche Ministerium: Dammann, Geh. Oberregierungsrath, und Glatzel, Geh. Regierungsrath.

— Bekanntlich hat sich auch die Handelsvertretung von Berlin gegen die Einsetzung eines volkswirthschaftlichen Senats ausgesprochen. Die Gründe, welche die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft zu diesem Entschluß geführt haben, sind folgende. Wenn auch anerkannt werden muß, daß eine wirthschaftliche Centralstelle nicht schlechterdings zu verwerfen ist, zumal die volkswirthschaftliche Vereinigung des Reichstages keine Gewähr bietet, daß politische Gesichtspunkte und Parteirücksichten nicht die thatsächliche Lage der Dinge überwuchern werden, so ist es durchaus nicht zu billigen, daß die Centralstelle über wirthschaftliche Fragen Majoritätsbeschlüsse faßt und Reichs- und Staatsbeamte mit beschließendem Stimmrecht zu ihren Mitgliedern zählt, wie man dies nach dem Muster des französischen Conseil superieur bei uns einzuführen beabsichtigt. Sei einmal eine Centralstelle errichtet, so müsse die Regierung allerdings in allen wirthschaftlichen Fragen ihren Beirath einholen; wenn man diese Centralstelle aber, wie der ständige Ausschuß des Handelstages wolle, mit Delegirten des Handelstages, des Centralverbandes deutscher Industrieller und des Landwirthschaftsrathes besetze, so würde die Industrie eine doppelte Vertretung erhalten, was nicht zu billigen sei. Unter diesen Umständen sei die Vereinigung der Handelskammern im Handelstage am geeignetsten, die Funktionen der Centralstelle zu übernehmen; ihr diese Thätigkeit zu entziehen, sei gerade in dieser Zeit der maßlosen Zersplitterung aller Interessen um so weniger gerechtfertigt, als der Handelstag bis jetzt um die gemeinsamen Interessen des Handels und der Industrie ein einigendes, wenn auch loses Band geschlungen habe, das auf diese Weise leider zerrissen werde. Eine Reorganisation des Handelstages sei damit nicht ausgeschlossen. Eine solche empfehle sich in der Art, daß man die Mitgliedschaft lediglich auf die Handelskammern als die offizielle Vertretung der einzelnen Plätze beschränke und die Zulassung von Vertretern freier Vereine zur Mitgliedschaft ganz beseitige.

— Bei den Reichstagswahlen ist es mehrfach vorgekommen, daß Wahlkommissarien oder die zur Ermittelung des Wahlergebnisses berufenen Versammlungen theils einzelne von den Bezirkswahlvorständen für giltig angesehene Stimmen für ungiltig erklärt, theils ganze Wahlprotokolle bei der Eintragung unberücksichtigt gelassen haben. Ein solches Verfahren verstößt gegen das Wahlgesetz und gegen das dazu gehörige Reglement. Nach § 27 des Reglements hat die Wahlkommission lediglich die Zusammenstellung der Stimmen zu machen und die Bedenken, zu welchen die Wahl in einzelnen Bezirken etwa Veranlassung gegeben, in dem Protokoll zu erwähnen. Die Wahlkommission ist aber nicht befugt, auf Grund solcher Bedenken einzelne Stimmen für ungültig zu erklären, worüber die Entscheidung lediglich dem betreffenden Wahlvorstande resp. dem Reichstag zusteht, oder gar die Resultate ganzer Wahlbezirke unberücksichtigt zu lassen. Der Minister des Innern hat die Provinzialbehörden beauftragt, den Wahlkommissaren die genaue Beachtung der geltenden Vorschriften zur Pflicht zu machen.

Provinzielles.

Offene Antwort an Herrn Emil Aron.

H e r r E m i l A r o n!

Sie wenden sich mit Ihrem offenen Briefe an Herrn Robert Graßmann in den meisten Stücken an eine **falsche** Adresse. Der Angriff in Nr. 509 der Stettiner Zeitung auf Sie und den sogenannten liberalen Wahlverein, welcher Ihren Zorn besonders hervorgerufen, entstammt nicht Herrn Robert Graßmann, sondern m e i n e r Wenigkeit. Dieser Angriff ist daher auch nicht von Seiten des Herrn Robert Graßmann erfolgt, um nach Ihren Worten „Sich als den alleinigen Beglücker der Stettiner Bevölkerung hinzustellen", sondern er ist von m e i n e r S e i t e und lediglich zu dem Zwecke erfolgt, um das Treiben einer gewissen Anzahl Leute zu kennzeichnen, die sich vor jeder Wahl als die allein Liberalen, die allein Weisen und Klugen hinzustellen belieben, die dann f r e i l i c h j e d e s m a l u n m i t t e l b a r v o r d e n W a h l e n Jedem, auch dem geringsten Arbeiter, um den Bart gehen, ja sogar, wie z. B. diesmal bei der letzten Reichstagswahl, auf der Lastadie Ströme von Bier und Branntwein fließen lassen, so daß man sie seit jener Zeit nur noch d i e S c h n a p s l i b e r a l e n nennt, die aber eben, s o k a u m d a ß d i e W a h l v o r b e i, j e d e s m a l d e n a l t e n H o c h m u t h w i e d e r h e r v o r k e h r e n, sich nach wie vor für die allein Maßgebenden, die allein Klugen halten, auf die anderen Stände herabblicken und Alle, die nicht ihrer Meinung sind, für Ungebildete und Querköpfe erklären. Dieser mein Angriff ist erfolgt, um das Treiben einer gewissen Anzahl Leute zu kennzeichnen, die, nachdem sie ein ganzes Jahrzehnt in unserer Stadtverordnetenversammlung die maßgebenden Rollen gespielt, trotz ihrer angeblichen unfehlbaren Weisheit und Klugheit in einer meiner Ansicht nach nicht verzeihlichen Finanzverwaltung nichts erreicht haben, als daß unter ihnen **dreimal**, n ä m l i c h 1 8 6 8, 1 8 7 4 u n d 1878, **die Steuern in sehr bedeutendem Maße erhöht werden mußten**, jetzt, wie sich in der letzten Sitzung des sogenannten liberalen Wahlvereins zeigte, n i c h t e i n m a l d e n M u t h h a b e n, als Männer für ihre Handlungsweise einzustehen, sondern sich nicht scheuen, den Versuch zu machen, die sie allein treffende Verantwortlichkeit dafür von ihren eigenen Schultern auf eine angebliche, in Wirklichkeit aber gar nicht existirende „höhere Gewalt" abzuwälzen. Diese Herren, die in einer Mohrenwäsche sich suchen weißzubrennen, alle die Herren, die nur liberal sind, wenn es ihnen um W a h l e n zu thun ist, die aber bei allen beantragten Bewilligungen oder Steuererhöhungen sich lediglich als r e i n e J a b r ü d e r gezeigt haben, alle diese blos Wahlliberalen oder Schnapsliberalen sind mir allerdings durchaus zuwider, Herr Emil Aron, und daher mein Angriff auf sie.

Sie thun ferner sehr empört, Herr Emil Aron, daß die hiesigen Hausbesitzer ihre Korporationsrechte in der Feuersozietätsfrage n i c h t der Stadtverordnetenversammlung übertragen wollen, einer Versammlung, die zum großen Theile aus Nichthausbesitzern, zum Theil sogar aus Mitgliedern besteht, die als Agenten oder Aktionäre von Privat-Feuer-Versicherungs-Gesellschaften ein Interesse g e g e n die Feuersozietät haben. Sie erblicken darin „eine Verdächtigung niedrigster Art" und acceptiren meinen Ausspruch, daß Sie die Menschen für Engel halten, wenigstens so lange, bis Sie den Beweis haben, sie seien unehrliche Kerle oder Spitzbuben. Und doch, Herr Emil Aron, s c h l i e ß e n S i e j e d e n A b e n d I h r e W o h n u n g und, wenn Sie eins haben, v e r m u t h l i c h a u c h I h r G e l d s p i n d z u, ohne daß Sie doch bis jetzt meines Wissens eines Abends Ihre Wohnung oder eines Morgens Ihr Geldspind ausgeräumt gefunden hätten. Das „Engelthum" der Menschen und der Lasker'sche Idealismus, den Sie mit jenen Worten auszusprechen glaubten, scheint daher bei Ihnen doch ein Loch zu haben. Wie wollen Sie also, der Sie doch auch die Vorsichtsmaßregeln gegen fremde Eindringlinge nicht außer Acht lassen, es den Hausbesitzern verargen, daß diese sich gleichfalls davor zu schützen suchen?

Sie sagen ferner, „nur in einem Punkte meines in Nr. 509 der Stettiner Zeitung erschienenen Aufsatzes, „wenn ein Hausbesitzer zu viel Schulden hat, geht er kopfüber", seien Sie nicht kompetent, mitzureden, da Sie nicht Hausbesitzer seien, wahrscheinlich spräche ich aus Erfahrung. Ich meinerseits bin nun zwar nicht Hausbesitzer, aber ich habe sowohl von diesen wie von anderen Herren schon manchen kopfüber gehen und viele Große wieder recht klein werden sehen, unter den Letzteren sogar Manche, die über anderer Leute Finanzen wie ein Buch sprachen. Irre ich mich nicht ganz, s o w a r a u c h d e r N a m e E m i l A r o n e i n m a l g r ö ß e r a l s e r e s j e t z t n o c h i s t.

Und nun, Herr Emil Aron, wie steht es denn nun mit den f a m o s e n a n g e b l i c h e n U n w a h r h e i t e n, die Sie Herrn Robert Graßmann aufbürden wollen? Nicht Herr Robert Graßmann, **sondern Sie, Herr Emil Aron, sprechen die Unwahrheit.** Sie behaupten, Her-

Robert Graßmann habe von seiner Behauptung, daß die Schulden der Stadt unter dem Regime des früheren Oberbürgermeisters Burscher und auf dessen Veranlassung bis über 10,000,000 Mark gestiegen seien, etwas zurückgenommen. Das, Herr Emil Aron, ist eine **Unwahrheit.** Herr Robert Graßmann hat Nichts zurückgenommen, sondern diese seine Behauptung in der Bürger-Versammlung vom letzten Montage ausdrücklich aufrecht erhalten und auch, trotz aller Versuche Ihrer Partei, Ausflüchte zu machen, bewiesen. Der Aufsatz in Nr. 509 der „Stettiner Zeitung", den Sie als Handhabe für Ihre Unwahrheit benutzen, ist, wie bereits bemerkt, nicht von Herrn Robert Graßmann geschrieben, sondern von meiner eigenen Wenigkeit. Aber auch davon abgesehen, derselbe enthält nur wörtlich den Satz: „daß indessen die Schulden der Stadt sich von 1868 bis Ende 1878 von circa 2,700,000 Mark auf über 8,100,000 Mark erhöht haben, **muß selbst Herr Tiessen zugeben.**" Das heißt für Jeden, der wenigstens lesen kann, Herr Aron, selbst Herr Tiessen, der, Ihrer Partei angehörend, sowohl Herrn Burscher als auch seine und Ihre Partei gern von dem Vorwurf des Schuldenmachens reinwaschen möchte, muß in seinem veröffentlichten Briefe zugeben, daß die Schulden der Stadt nicht, wie der von Ihnen befürwortete Magistratsbericht angiebt, 1878 nur 6,200,000 Mark, sondern bei Ablauf dieses Jahres schon 8,100,000 Mark oder etwa 2,000,000 Mark mehr betragen werden. Es handelt sich daher in diesen Worten um ein Zugeständniß, das Herr Tiessen, ein Mitglied **Ihrer** Partei, in seinem veröffentlichten Briefe macht, und **nicht** um meine oder des Herrn Robert Graßmann's Ansicht oder Worte. Dies, Herr Emil Aron, ist nun allerdings ganz etwas anderes, als Sie mit Ihrem — Scharfblick aus meinem Aufsatz herausgelesen haben. Ich setze nun allerdings bei den Lesern, für welche ich schreibe, immer einen gewissen Grad des Verständnisses voraus, und ich habe bei meiner, doch immerhin nicht ganz unbedeutenden Erfahrung stets gefunden, daß meine Worte, selbst von dem schlichtesten Bürger, von dem einfachsten Arbeiter, verstanden wurden. Da Sie sich so sehr auf Ihre Loyalität steifen, so scheint mir bei Ihnen die Annahme eines absichtlichen Mißverständnisses ausgeschlossen; daß Sie mich trotzdem nicht verstanden, muß daher wohl auf einem Mangel von Fassungskraft Ihrerseits beruhen. Für diesen **Mangel an Verständnißkraft Ihrerseits,** für die **Dummheit Anderer** bin ich indessen nicht verantwortlich. Jedoch, Herr Emil Aron, im Vertrauen einen Rath: Lernen Sie lesen! Denn mit Jemandem polemisiren, der sich nur in Mißverständnissen bewegt, wird, wenn man nicht Schulmeister ist, auf die Dauer langweilig.

Doch, Herr Emil Aron, Sie bringen noch eine zweite, meine Wenigkeit betreffende **Unwahrheit.** Sie schreiben — denn dieser Zusatz in dem Bericht über die Bürger-Versammlung vom 10. Juli ist wiederum von meiner Wenigkeit eingefügt — Ich hätte behauptet: „Herr Dorschfeldt habe sich über das Verfahren des Herrn Robert Graßmann nicht absprechend ausgesprochen." Auch dies ist unwahr! Ich habe diese Behauptung nie aufgestellt, wie Sie, Herr Aron, aus dem Wortlaute meines Berichtes ersehen wollen, sondern ich habe nur meine Zweifel ausgesprochen, ob Herr Dorschfeldt die ihm zugeschriebenen Worte wirklich und auf diese Weise gesagt, und ich war zu diesen Zweifeln um so mehr berechtigt, als Herr Dorschfeldt in dem Saale, in welchem sich die Scene mit Herrn Redakteur Fischer abspielte, überhaupt nicht zugegen gewesen ist, also auch zu einem Urtheile ganz inkompetent war. Später bestätigte Herr Dorschfeldt die ihm zugeschriebene Aeußerung allerdings und damit war die Sache erledigt. Wenn ich nicht meinerseits auf dieselbe zurückkam, so geschah das **nicht** meinetwegen, sondern Herrn Dorschfeldt's wegen, der über diese, von ihm ohne nähere Orientirung gemachte Aeußerung so wie so schon nicht ohne Vorwürfe der Parteigenossen blieb. Im Uebrigen gestatten wir, beiläufig bemerkt, jedem Mitgliede unserer Partei seine eigene Meinung und stimmen nicht, wie vielleicht Ihre Partei, auf Kommando, auch versuchen wir nicht, wie gleichfalls Ihre Partei, Herr Emil Aron, in diesem Falle durch einen Ihrer Busenfreunde gethan, uns hinterrücks an Herren, die einmal anderer Ansicht sind, heranzumachen und dieselben Ihrer bisherigen Partei abwendig zu machen, dazu, Herr Aron, haben wir ein wenig zu viel Achtung theils vor uns selbst, theils vor der Partei, die uns mit einem Mandate beehrt hat!

Dies etwa, Herr Emil Aron, auf Ihren Angriff, so weit sich derselbe an eine falsche Adresse richtet und richtiger Weise meiner Wenigkeit gelten sollte. Da ich nicht gewohnt bin, mit meiner Autorschaft hinter dem Berge zu halten, bekenne ich mich noch einmal ausdrücklich zu dem besprochenen Aufsatz in der Stettiner Zeitung, der Ihnen so große Schmerzen bereitet zu haben scheint. Denjenigen Angriffen, welche in Ihrem offenen Briefe wirklich Herrn R. Graßmann selbst berühren, wird dieser ohne Zweifel selbst, so wie er die nöthige Zeit findet, sich mit Ihrer werthen Persönlichkei zu beschäftigen, die gebührende Abfertigung zu Theil werden lassen. Und daher zum Schlusse nur noch Eins. Sie scheinen sich auf Ihre Stellung als Stadtverordneter und namentlich auf Ihr Verständniß in finanziellen Fragen sehr viel einzubilden. Ich meinerseits, der ich Sie doch oft habe sprechen hören, wüßte mich indessen nicht zu besinnen, auch nur je einen eigenen Gedanken, sondern immer nur eine Rekapitulation, sei es einer Magistratsvorlage, sei es einiger Leitartikel der gelesensten Berliner Zeitungen, gehört zu haben. Zum kleinen Lasker fehlt, glauben Sie mir, Ihnen das Zeug Doch lassen wir das bei Seite. Ich bin ein verhältnißmäßig junger Mann, habe aber bereits im Jahre 1866 das Vergnügen gehabt, Ihre erste Wahl zum Stadtverordneten zu bekämpfen. Und wenn ich nun auf Ihre zwölfjährige Laufbahn zurücksehe und mich frage, ob vielleicht auch mir mal eine ähnliche zu durchlaufen beschieden sein möchte, dann, Herr Emil Aron, wenn ich daran denke, wie Sie im Jahre 1867 bei einem verhältnißmäßig blühenden Zustande unserer städtischen Finanzen in die Stadtverordnetenversammlung eintraten, wie Sie dann 1868, 1874, 1878 **jedesmal die Steuern auf das wesentlichste mit erhöhen halfen,** wie Sie 1869 eine Anleihe von **1,500,000 Mark,** 1875 eine neue Anleihe von **3,000,000 M.,** 1877 wiederum eine Anleihe von **4,000,000 M.** bewilligten, ohne auch nur ein einziges Mal zu fragen, ob durch diese Anleihe der Stadt auch eine den Zinsen dieser ungeheuren Kapitalien entsprechende neue Mehreinnahme erwüchse; wenn ich bedenke, daß es wahrlich nicht an Ihnen, der Sie **für** den Ankauf der Festungswerke, **für** Kanalisation, **für** Inkorporirung Grabow's gestimmt haben, gelegen hat, wenn diese Schuldenlast nicht noch auf die doppelte und dreifache Höhe angewachsen ist, dann würde ich allen denen, die mich etwa wählen wollten, so entschieden wie möglich zurufen, wählt mich nicht, wählt einen Menschen mit vernünftigen Anschauungen, mag euch derselbe persönlich auch noch so unangenehm und verhaßt sein! Wenn ich den „Segen" überblicke, den **Ihre** Wahl, Herr Emil Aron, unserer Stadt gebracht, dann würde ich wirklich etwas bescheidener auftreten. Dann würde nicht jede mir gesagte Schmeichelei mich bereit finden lassen, mich als vorgeschickten Agenten meiner Partei mißbrauchen zu lassen und die Kastanien da aus dem Feuer zu holen, wo klügere Leute als Sie sich fürchten, die Finger zu verbrennen.

Ergebenst

Dr. Gustav Graßmann.

Stettin, 8. November. Der Konkurs über das Vermögen des Fürsten zu Putbus ist durch Beschluß des Kreisgerichts zu Bergen a. R. vom 6. d. M. aufgehoben.

— Dem Kanonier Mühlenbeck im 1. pommerschen Feld-Artillerie-Regiment ist die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

— In der Untersuchung wider einen „Brennereiverwalter", welcher einen mitangeklagten Brennerei Arbeiter zu dem von diesem in 312 Fällen verübten Ueberschöpfen von Maische aus Bottichen mit steigender, in Bottiche mit fallender Maische unter Mißbrauch seiner Stellung und seines Ansehens angestiftet hatte, war der Verwalter als Anstifter vom Appellationsgericht zu Cöslin zu der in der Kabinetsordre vom 10. Januar 1824 angedrohten Kontraventionsstrafe von 100 Thalern, event. 15 Tagen Gefängniß und zu einer Defraudationsstrafe von 37,466 M. event. 1 Jahr Gefängniß verurtheilt worden, trotzdem ihm gegenüber die Absicht einer Steuerverkürzung (ohne welche die Defraudationsstrafe unzulässig ist) nicht festgestellt worden. Die vom Verwalter gegen dieses Erkenntniß eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Ober-Tribunal durch Erkenntniß vom 10. Oktober d. J. zurückgewiesen, indem es aussprach, daß es zur Anwendung der Defraudationsstrafe einer Feststellung der Absicht einer Steuerverkürzung nur dem Thäter, nicht aber dem Anstifter des Defraudanten gegenüber bedarf.

— Dem Restaurateur Riedel, kl. Oderstraße 2, wurde am 7. d. M. aus unverschlossenem Zimmer ein Korb mit Wäschestücken im Werthe von einigen 40 M. gestohlen.

— Der Eigenthümer Bartel aus Rossow hielt gestern mit seinem mit Kartoffeln beladenen Fuhrwerk vor dem Hause Breitestraße 68, wo von einer Frau Kartoffeln bestellt waren. Während Bartel sich in das Haus begab, um die Abnahme zu bewirken, war sein Fuhrwerk verschwunden. Derselbe machte sofort bei der Polizei Anzeige und es gelang, den Dieb mit dem Fuhrwerk am Königsplatz anzutreffen, als er eben damit beschäftigt war, die Kartoffeln abzuladen. Der Dieb gab an, der Schiffszimmergeselle Herm. Ludw. Gustav Schmidt zu sein; diese Angabe scheint aber falsch zu sein, vielmehr wird nach den angestellten Recherchen vermuthet, daß der Dieb ein bereits vielfach vorbestrafter Arbeiter Baring ist.

Pasewalk, 6. November. Am 3. d. Mts., Abends, brannten in Fürstenwerder 10 Scheunen herunter

Swinemünde, 6. November. (Str. Ztg.) Am vergangenen Montag ist die nunmehr auch im Innern vollendete Panzerkorvette „Sachsen", Kommandant Kapitän zur See v. Treuenfels, von hier nach Kiel in See gegangen, um dort die noch fehlende Ausrüstung zu erhalten. — Gestern Vormittag gerieth der am 2. d. M. mit einer Ladung Steinkohlen von Newcastle hier eingegangene englische Dampfer „Chamois", Kapitän Wood, beim Ausgange aus dem hiesigen Hafen in der Nähe vom Mövenhaken auf Grund. Es geschah dies beim Wenden des Schiffes, wahrscheinlich in Folge starken Stromes, bei welcher Gelegenheit noch das Malheur passirte, daß das Tau, mit welchem dasselbe an der Boje befestigt war, in die Schraube gerieth. Erst nach 5stündiger Anstrengung und nachdem ein kleiner Dampfer ihm zu Hülfe gekommen war, gelang es dem „Chamois", loszukommen.

Demmin, 6. November. In der heutigen Stadtverordneten-Versammlung wurde Kandler, Hauptmann a. D., zum Kämmerer der Stadt Demmin auf 12 Jahre gewählt. Der bisherige Kämmerer Baumann, ein geborener Demminer, ist in den wohlverdienten Ruhestand getreten, nachdem derselbe 38 Jahre hier als Kämmerer amtirt hat. In Anerkennung seiner großen Verdienste um die Stadt Demmin haben ihn die städtischen Behörden mit vollem Gehalte pensionirt.

Vermischtes.

— Zur Hochzeitsfeier im Hause des Reichskanzlers haben wir noch Folgendes nachzutragen: Gegen Mittag brachte die Kapelle des Alexander-Regiments der Braut vom Garten des Palais aus ein Ständchen. Der Kaiser übersandte dem Braut-Vater, dem Reichskanzler, durch seinen Generaladjutanten, Grafen Lehndorff, als eine Auszeichnung, die bisher nur einmal und zwar dem alten Blücher verliehen worden ist, die Insignien: Krone, Scepter und Schwert zum Rothen Adlerorden 1. Klasse, der Frau Fürstin ein kostbares goldenes Armband, das in Opalen und Brillanten den Namen „Marie" trägt, der Braut ebenfalls ein Armband von hohem Werthe mit Myrthenblättern in Brillanten. Der Bräutigam erhielt den Rothen Adlerorden 3. Klasse, trotzdem er die 4. Klasse des Ordens bisher nicht hat. Das Harmonium, das den Choralgesang der Traufeierlichkeit begleitete, spielte der Garde-du-Corps-Lieutenant v. Arnim-Kröchlendorff, ein Neffe des Kanzlers. Den einzigen Schmuck, den die Braut zu ihrem hohen weißen Seidenkleide trug, auf das, vom Myrthenkranz gehalten, der Schleier herabfiel, war die von der Kaiserin geschenkte Broche. Als Brautjungfern fungirten Comtesse Rantzau (Schwägerin der Braut) und Fräulein von Bismarck-Külz, geführt von den Söhnen des Fürsten Bismarck. Der Predigt des Pastors Vorberg lag das Textwort zu Grunde: „Freut Euch dem Herrn." Nach der Predigt wurde der Ringewechsel vollzogen, es wurde der Segen und das Gebet gesprochen und ein Choral gesungen. Der Pastor überreichte zum Schluß der kirchlichen Feier dem nunmehr neuvermählten Paare Namens des Bibel-Vereins von St. Bartholomäus eine in violettem Sammet gebundene, mit den Namenszügen der v. Bismarcks und v. Rantzaus reich in Gold gepreßte Pracht-Bibel. — Die Civiltrauung hatte der Standesbeamte des Standesamts in der Kochstraße D. Noth vorher im Reichskanzler-Palais vollzogen. Fürst Bismarck, die Fürstin und die Fürstin Odeschalchi, die zur Trauung hierher gekommen ist, haben in dem Buche des Standesamts u. A. als Zeugen den Akt unterzeichnet. Bei dem Civil-Akt, der in einem Saale im ersten Stockwerk stattfand, befanden sich alle Anwesenden in einfacher Promenaden-Toilette. Das Blatt in dem Standesamtsregister wurde gestern schon als historisch-interessant einzelnen Besuchern des Standesamts in der Kochstraße gezeigt. In der Tischgesellschaft befanden sich einige Freunde und Gutsnachbarn der Familie Bismarck aus Pommern, ferner Herr von Kleist-Retzow, Amtsrath Dietze, der langjährige Oberförster des Fürsten aus Friedrichsruhe und dessen Gattin — beide zu der Hochzeitsfeier direkt hierhergekommen — ꝛc. Den ersten Toast brachte der Reichskanzler auf den Kaiser aus; es folgte alsdann Staatsminister v. Bülow, der mit schwungvollen Worten sein Glas auf das Wohl des Brautpaares leerte. Hierauf erhob sich der Major Graf von Rantzau und feierte das Elternpaar, den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck und sein Gemahlin. Herr v. Kleist-Retzow trank auf das Wohl des deutschen Vaterlandes unter besonders warmer Betonung seiner innigen freundschaftlichen Verehrung für den Fürsten Bismarck. Graf Lehndorff gedachte der Brautjungfern und der Brautführer und zum Schlusse ergriff nochmals der Reichskanzler das Wort, um auf die Verbindung der Familien von Bismarck und von Rantzau, die, wie Schleswig-Holstein „up ewig ungedeelt" sein sollten, zu trinken.

— Ueber einen schrecklichen Rache-Akt wird der „Oberschles. Volksstimme" aus Zabrze Folgendes mitgetheilt: Gestern Vormittag brachte der Postbote ein, seinen Dimensionen nach ungewöhnliches Schreiben, welches an den Wagenmeister Pelka adressirt war, nach der Wohnung desselben. Da der Adressat jedoch auf der Abladestelle der Donnersmarckhütte in Ludwigsglück in Schicht war, übergab der Postbote den Brief dessen Frau. Als der Postbote das Haus verließ, hörte er einen scharfen Knall in der von ihm eben verlassenen Wohnung, in der er bei seinem nochmaligen Eintritt die Frau Pelka auf dem Erdboden liegend, aus zahlreichen Wunden an der Brust und im Gesicht blutend und verbrannt vorfand. Die Arme hatte die Rache eines noch unentdeckten Bösewichts, welche ihrem Manne gegolten, in schrecklicher Weise an sich verspüren müssen. Der Brief mochte mit Dynamit oder Schießbaumwolle gefüllt gewesen sein, welche beim Zerreißen der Hülle in Folge irgend einer Zündvorrichtung explodirte und der unglücklichen Frau die Brust sehr gefährlich verletzte, außerdem die Hände und das Gesicht verbrannte, so daß auch ein Auge in Gefahr ist. Die Arme mußte sofort mit den heiligen Sterbesakramenten versehen werden. Den Brief soll ein hiesiger Gastwirth in der Oeffnung eines Briefkastens gefunden und denselben, da er wegen seines Umfanges in denselben nicht hineinging, persönlich zur Post gebracht haben. Hoffentlich wird es gelingen, den Absender des Briefes zu entdecken und dem Arme der Gerechtigkeit zuzuführen.

— Ein Student hatte in einem Gasthause viel von seinen mannigfaltigen Kenntnissen gesprochen, so daß einem Gast die Geduld riß und er ziemlich barsch sagte: „Jetzt haben wir wirklich genug von dem gehört, was Sie können; sagen Sie mir auch einmal, was Sie nicht können, und ich stehe Ihnen gut dafür, das kann ich" — „Ich!" sagte der Student, „nun ich kann meine Zeche nicht bezahlen, und es freut mich sehr, daß Sie das können." Unter allgemeinem Gelächter entsprach der Gast seiner Erwartung.

— Zwischen einem Kutscher und seinem Fahrgast spielte sich kürzlich in Paris folgende Scene ab. Der Fahrgast hielt beim Aussteigen 2,50 Frcs. parat für eine Stunde Fahrzeit. „Sagen Sie, Kutscher, Sie hätten auch ein Bischen schneller fahren können." — „Was, schneller fahren? Ich will mein Pferd nicht zu Grunde richten! Ich bin Mitglied des Vereins gegen die Thierquälerei!" — „So? Und ich bin Mitglied eines Mäßigkeitsvereins. Darum giebt's jetzt auch kein Trinkgeld!" Sprach's und steckte von dem bereits abgezählten Fahrgeld die 50 C. wieder ein.

Literarisches.

Adele Spitzeder, Geschichte meines Lebens. Stuttgarter Verlags-Comptoir. Adele Spitzeder, die Begründerin der Dachauer Banken, hat ihr eigenes Leben beschrieben, eine höchst interessante Geschichte, geschickt geschrieben, die viele Leser sehr interessiren wird.

Postplan von Berlin. Im Auftrage des Kaiserlichen General-Postamts von Straube. Der Plan giebt Berlin mit Angabe der Postbezirke in Farben und ist für das korrespondirende Publikum von Wichtigkeit, da bei jedem Briefe der Postbezirk Berlins angegeben sein muß, wenn der Brief bestellbar sein soll.

Telegraphische Depeschen.

Dortmund, 7. November. Auf der benachbarten Zeche Westhausen fand heute eine Explosion schlagender Wetter statt. Drei Bergleute sind schwer verletzt.

Breslau, 7. November. Der Kronprinz, welcher mit dem Prinzen Karl, Friedrich Karl und Albrecht von Preußen und mit dem Prinzen August von Würtemberg um ¼6 Uhr hier eingetroffen war, wurde bei der Ankunft auf dem Bahnhofe und auf der Fahrt nach dem königlichen Schlosse von der von allen Seiten zusammengeströmten Bevölkerung mit großem Enthusiasmus begrüßt. Um 6 Uhr fand im königlichen Schlosse ein Diner von 20 Gedecken statt. Gegen 8 Uhr besuchte Se. k. k. Hoheit der Kronprinz mit den Prinzen des königlichen Hauses das von einer festlichen Versammlung gefüllte Stadttheater und wohnte der Aufführung der Oper „Lohengrin" etwa eine Stunde lang bei, um dann auch noch dem Lobetheater einen Besuch abzustatten.

Brieg, 7. November. In Gegenwart des Kronprinzen, sowie der Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht und des Prinzen August von Würtemberg, denen sich in Breslau der Oberpräsident von Puttkamer und der kommandirende General Graf Brandenburg angeschlossen hatten, fand um 4 Uhr die Enthüllung des Denkmals Friedrichs des Großen statt. Der Kronprinz wurde am Bahnhofe von dem Festausschusse empfangen und von dem sehr zahlreich versammelten Publikum mit enthusiastischen Zurufen begrüßt. Die Stadt war auf das Reichste geschmückt. Der Kronprinz begab sich sofort nach dem Festplatze. Die Feier wurde mit dem Choral: Allein Gott in der Höh' sei Ehr'! eingeleitet; alsdann fiel auf Befehl des Kronprinzen die Hülle des Denkmals. In diesem Augenblicke erscholl ein begeistertes Hoch auf den Kaiser, woran sich die Absingung der Nationalhymne schloß. Der Landrath von Reuß hielt darauf die Festrede und übergab das Denkmal der Stadt Brieg. Nachdem der Bürgermeister Heideborn das Denkmal übernommen hatte, brachte derselbe ein Hoch auf den Kronprinzen aus, in welches die Anwesenden enthusiastisch einstimmten. Der Gesang: „Salvum fac regem" bildete den Schluß der Feier. Der Kronprinz besichtigte alsdann das Denkmal und äußerte sich sehr befriedigt über dasselbe. Ueber die Enthüllungsfeier ließ Höchstderselbe alsbald eine Depesche an den Kaiser abgehen. Nachdem der Kronprinz noch das alte Rathhaus in Augenschein genommen hatte, erfolgte die Rückkehr nach Breslau, wo im Schlosse ein kleineres Diner stattfindet, dem der Festausschuß und die Spitzen der Behörden beiwohnen werden.

Beuthen, 7. November. Bei der heute hier stattgehabten anderweiten Wahl eines Landtagsabgeordneten wurde der Oberberghauptmann Dr. Serlo (freikonservativ) mit 538 von 947 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Der von der Centrumspartei aufgestellte Gegenkandidat, Graf Lazy-Henckel, erhielt 409 Stimmen.

Newyork, 7. November. Von der Regierung der Vereinigten Staaten sind gestern 200,000 Unzen Silber zu einem etwas geringeren Preise als gegenwärtig in London gezahlt wird, angekauft worden.
